

Maximilian Fuchs

Franz Marhold

Europäisches Arbeitsrecht

3., vollständig überarbeitete und
erweiterte Auflage

SpringerWienNewYork

Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis	XV
Lehrbücher zum Europäischen Arbeitsrecht	XXI
Erster Teil Funktion und Aufgabe des Europäischen Arbeitsrechts (Fuchs)	1
I. Ausgangspunkt: das nationale Arbeitsrecht	2
II. Regelungsanliegen des Europäischen Arbeitsrechts	3
A. Freizügigkeit der Arbeitnehmer	3
B. Harmonisierung nationaler Arbeitsrechte als Wettbewerbsproblem	7
C. Wettbewerbspolitisch motiviertes Europäisches Arbeitsrecht	10
D. Elemente eines kollektiver. Europäischen Arbeitsrechts	12
1. Der soziale Dialog	13
2. Beteiligung von Arbeitnehmervertretern an unternehmerischen Entscheidungen	16
E. Arbeitsschutzrecht	19
F. Die Ermächtigung der EG zu arbeitsrechtlicher Normgebung	23
1. Protokoll und Abkommen über die Sozialpolitik	23
2. Der Vertrag von Amsterdam	24
G. Soziale Arbeitnehmergrundrechte	25
H. Europäische Beschäftigungspolitik und Arbeitsrecht der Mitgliedstaaten	30
I. Modernisierung des Europäischen Arbeitsrechts	32
Zweiter Teil Regelungsbereiche des Europäischen Arbeitsrechts	35
I. Das Recht der Freizügigkeit der Arbeitnehmer (Fuchs)	35
A. Die Struktur der Bestimmungen über die Freizügigkeit	36
1. Primäres Gemeinschaftsrecht	36
2. Sekundäres Gemeinschaftsrecht	38
B. Der persönliche Geltungsbereich der Vorschriften über die Arbeitnehmerfreizügigkeit	39
1. Der Begriff des Arbeitnehmers	39
2. EG-Staatsangehörige	46
3. Ausschluss der öffentlichen Verwaltung	51
C. Räumlicher Anwendungsbereich	53
D. Das Recht der Ein- und Ausreise und des Aufenthaltes	55
1. Rechte der Arbeitnehmer	55
a) Ein- und Ausreisefreiheit (Art. 4 Abs. 1 und Art. 5 Abs. 1 RL 2004/38/EG)	56

b) Aufenthaltsrecht (Art. 6ff. RL2004/38/EG)	56
2. Rechte der Familienangehörigen	59
a) Ein- und Ausreisefreiheit (Art. 4 Abs. 1 und Art. 5 Abs. 1 RL 2004/38/EG)	59
b) Aufenthaltsrecht (Art. 6 ff. RL 2004/38/EG)	60
c) Unterricht und Berufsausbildung für Kinder (Art. 12 VO (EWG) Nr. 1612/68)	63
E. Verbot der Ausländerdiskriminierung/Gebot der Gleichbehandlung	64
F. Beschränkungsverbot	70
G. Soziale und steuerliche Vergünstigungen (Art. 7 Abs. 2 VO (EWG) Nr. 1612/68)	72
1. Soziale Vergünstigungen	72
2. Steuerliche Vergünstigungen	76
H. Das Verbleiberecht	78
1. Verbleiberecht des Arbeitnehmers	78
2. Verbleiberecht der Familienangehörigen	79
I. Beschränkung des Bleiberechts aus Gründen der öffentlichen Sicherheit, Ordnung und Gesundheit	80
1. Materielles Recht	81
2. Verfahrensrecht	87
J. Ungehinderter Zugang zu Arbeitsplätzen	88
1. Sicherung der Arbeitsvertragsfreiheit	90
2. Diskriminierungsfreie Qualifikationsanforderungen	91
3. Recht der Familienangehörigen auf berufliche Tätigkeit	97
4. Arbeitssuche/Arbeitsvermittlung	99
II. Individualarbeitsrecht (Marhold)	103
A. Abschluss und Inhalt des Arbeitsvertrages	103
1. Nachweis des Inhalts des Arbeitsvertrages (RL 91/533/EWG)	104
a) Von der Richtlinie erfasste Arbeitsverhältnisse	105
b) Unterrichtsverpflichtung des Arbeitgebers über die wesentlichen Punkte des Arbeitsvertrages	106
c) Unterrichtsverpflichtung des Arbeitgebers über die Änderungen der Arbeitsbedingungen	108
d) Rechtswirkungen des schriftlichen Nachweises der Arbeitsbedingungen	108
e) Rechtsschutz	108
2. Teilzeitarbeit (RL 97/81/EG)	109
3. Befristete Arbeitsverträge (RL 1999/70/EG)	113
4. Schutz der Leiharbeitnehmer (RL 2008/104/EG)	117
a) Anwendungsbereich und Begriffsbestimmungen der Leiharbeitsrichtlinie	119
b) Überprüfungen der Einschränkungen und Verbote	120
c) Grundsatz der Gleichbehandlung	120
d) Zugang zu Beschäftigung, Gemeinschaftseinrichtungen und beruflicher Aufstieg	123
e) Betriebsverfassungsrechtliche Regelungen	124
B. Antidiskriminierung (RL 2006/54/EG, RL 2000/43/EG, RL 2000/78/EG)	125

Chancengleichheit und Gleichbehandlung der Geschlechter in Arbeits- und Beschäftigungsfragen (RL 2006/54/EG)	129
a) Der persönliche Anwendungsbereich der RL 2006/54/EG	129
b) Gleiches Entgelt für Männer und Frauen ;	130
aa) Persönlicher Anwendungsbereich des An. 157 AEUV.	131
bb) Der Entgeltbegriff des Art. 157 AEUV.	133
cc) Gleiche oder gleichwertige Arbeit	138
dd) Unmittelbare und mittelbare Diskriminierung beim Entgelt	140
ee) Rechtfertigungsgründe für Ungleichbehandlungen	147
ff) Rechtsfolgen des Verstoßes gegen das Gleichbehandlungsgebot gem. Art. 157 AEUV.	151
c) Gleichbehandlung und betriebliche Altersversorgung	152
d) Gleichbehandlung hinsichtlich des Zugangs zur Beschäftigung	161
aa) Unmittelbare Diskriminierungen beim Zugang zur Beschäftigung	162
bb) Mittelbare Diskriminierungen beim Zugang zur Beschäftigung	164
cc) Ausnahmen vom Gleichbehandlungsgrundsatz	167
cca) Geschlechtsbezogenes Merkmal als wesentliche und entscheidende berufliche Anforderung	167
ccb) Nationale Vorschriften zum Schutz der Frau insbesondere bei Schwangerschaft und Mutterschaft	171
e) Gleichbehandlung hinsichtlich sonstiger Arbeitsbedingungen	175
aa) Diskriminierungen hinsichtlich der Arbeitsbedingungen	175
bb) Diskriminierungen hinsichtlich der Entlassungsbedingungen	181
f) Verstöße gegen den Gleichbehandlungsgrundsatz, Schadensersatz	184
g) Beweislast der Diskriminierung aufgrund des Geschlechts.	188
h) Fördermaßnahmen (positive Diskriminierung).	189
i) Förderung des sozialen Dialogs.	195
Gleichbehandlung ohne Unterschied der Rasse oder der ethnischen Herkunft (RL 2000/43/EG).	195
a) Geltungsbereich der RL 2000/43/EG.	198
b) Ausnahmen und Verschärfungen des Diskriminierungsverbots	199
c) Positive Maßnahmen.	200
d) Rechtsbehelfe und Rechtsdurchsetzung.	200
e) Mit der Förderung der Gleichbehandlung befasste Stellen.	202
Verwirklichung der Gleichbehandlung in Beschäftigung und Beruf (RL 2000/78/EG).	203
a) Geltungsbereich der RL 2000/78/EG.	206
b) Ausnahmen („berufliche Anforderungen“) und Verschärfungen des Diskriminierungsverbots.	207
c) Die einzelnen Diskriminierungsgründe.	208
aa) Diskriminierung wegen einer Behinderung.	208
bb) Diskriminierung wegen des Alters.	209
cc) Diskriminierung wegen der Religion oder Weltanschauung	212
dd) Diskriminierung wegen der sexuellen Orientierung.	214
d) Positive und spezifische Maßnahmen.	215
e) Rechtsbehelfe und Rechtsdurchsetzung.	215

C.	Arbeitnehmerschutz bei Insolvenz, Massenentlassung und Betriebsüber-	
	gang	•• 217
1.	Insolvenzrechtlicher Schutz der Arbeitsvergütung (RL 2008/94/EG) .	217
a)	Anwendungsbereich der Insolvenzrichtlinie.	218
b)	Errichtung einer Garantief Einrichtung	222
c)	Schutzumfang der Garantief Einrichtung	223
d)	Vorschriften für grenzüberschreitende Fälle	226
e)	Rechtsfolgen der fehlerhaften Umsetzung der Insolvenzrichtlinie .	226
f)	Schutz von Ansprüchen der sozialen Sicherheit bei Insolvenz	228
2.	Schutz bei Massenentlassungen (RL 98/59/EG).	230
a)	Begriff der Massenentlassung	231
b)	Informations- und Konsultationsverpflichtung	234
c)	Massenentlassungsverfahren.	235
3.	Übergang von Unternehmen und Betrieben (RL 2001/23/EG).	236
a)	Persönlicher Anwendungsbereich und Begriffsbestimmungen der	
	Betriebsübergangsrichtlinie.	238
b)	Der Betriebs(teil)begriff der Richtlinie.	241
c)	Übergang auf einen anderen Inhaber durch vertragliche Übertra-	
	gung und Verschmelzung-.	251
d)	Der ex-lege-Übergang der Arbeitsverträge und -Verhältnisse.	254
aa)	Verbot der übergangsbedingten Kündigung	255
bb)	Widerspruchsrecht des Arbeitnehmers.	256
cc)	Verzichtbarkeit der Rechte.	260
e)	Übergang kollektivrechtlicher Rechte und Pflichten.	261
f)	Schutz der betrieblichen und überbetrieblichen Altersversorgung .	263
g)	Mitwirkung und Kontinuität der Arbeitnehmervertretung.	264
III.	Kollektives Arbeitsrecht (Fuchs).	264
A.	Sozialpartnerschaftliche Gestaltung der Arbeitsbeziehungen.	264
1.	Der soziale Dialog	265
2.	Anhörungs- und Beteiligungsrechte der europäischen Sozialpartner an	
	der sozialpolitischen Rechtsetzung (Art. 154 AEUV).	266
3.	Vereinbarungen der Sozialpartner (Art. 155 AEUV).	269
a)	Verfahren und Gepflogenheiten der Sozialpartner.	269
b)	Durchführung durch Mitgliedstaaten.	270
c)	Beschluss des Rates.	270
4.	Durchführung von Richtlinien durch die Sozialpartner (Art. 153	
	Abs. 4 AEUV).	271
5.	Europäische Kollektivverträge (Tarifverträge).	271
6.	Bewertung der sozialpartnerschaftlichen Gestaltung von Arbeitsbe-	
	ziehungen.	275
B.	Beteiligung der Arbeitnehmer an unternehmerischen Entscheidungen . . .	276
1.	Information und Konsultation der Arbeitnehmer bei bestimmten Ent-	
	scheidungen.	280
a)	Massenentlassungen	280
b)	Übergang von Unternehmen, Betrieben oder Betriebsteilen.	287
c)	Sicherheit und Gesundheitsschutz der Arbeitnehmer.	290
d)	Teilzeitarbeit und befristete Arbeitsverhältnisse.	292

e)	Angebote zur Übernahme einer Gesellschaft	293
2.	Festlegung eines allgemeinen Rahmens zur Unterrichtung und Anhörung der Arbeitnehmer in der Europäischen Gemeinschaft	294
a)	Anwendungsbereich der Richtlinie.	296
b)	Modalitäten und Gegenstände der Unterrichtung und Anhörung	297
c)	Durchsetzung der Beteiligungsrechte und Schutz der Arbeitnehmervertreter.	298
d)	Verhältnis der Richtlinie zu anderen Bestimmungen und Umsetzung	300
3.	Beteiligung der Arbeitnehmer in gemeinschaftsweit operierenden Unternehmen und Unternehmensgruppen (Europäische Betriebsräte)	301
a)	Geltungsbereich der Richtlinie.	304
b)	Auskunftsanspruch über das Vorliegen der Beteiligungsvoraussetzungen.	306
c)	Vorrang der Verhandlungslösung.	308
d)	Einrichtung eines Europäischen Betriebsrats kraft Gesetzes.	311
e)	Die Arbeitsweise des Europäischen Betriebsrats	312
f)	Verhältnis zu anderen Richtlinien.	314
g)	Umsetzung der RL 94/45/EG, bisherige Erfahrungen mit dem Europäischen Betriebsrat und Entwicklungsperspektiven	315
4.	Beteiligung der Arbeitnehmer in der Europäischen Gesellschaft (Societas Europaea, SE).	322
a)	Historische Entwicklung der Societas Europaea	324
b)	Regelungssystematik und gesellschaftsrechtliche Grundzüge.	328
c)	Grundprinzipien der RL 2001/86/EG zur Beteiligung der Arbeitnehmer in der SE.	331
d)	Vorrangiges Verhandlungsverfahren zur Festlegung der Beteiligungsrechte der Arbeitnehmer.	332
e)	Subsidiäre gesetzliche Regelung der Beteiligung der Arbeitnehmer	335
f)	Verhältnis der RL 2001/86/EG zu anderen Bestimmungen.	338
g)	Arbeitsweise des Vertretungsorgans der Arbeitnehmer.	338
h)	Mitgliedstaatliche Umsetzung der SE und bisherige Erfahrungen	339
5.	Beteiligung der Arbeitnehmer in der Europäischen Genossenschaft (Societas Cooperativa Europaea, SCE).	342
a)	Gesellschaftsrechtliche Grundlagen	343
b)	Die Beteiligungsrechte der Arbeitnehmer.	344
c)	Mitgliedstaatliche Umsetzung der SCE.	345
6.	Auswirkungen der Verschmelzung von Unternehmen aus verschiedenen Mitgliedstaaten auf die Beteiligungsrechte der Arbeitnehmer	346
a)	Gesellschaftsrechtliche Grundlagen.	348
b)	Folgen der Verschmelzung für die Beteiligungsrechte der Arbeitnehmer.	349
c)	Mitgliedstaatliche Umsetzung der Verschmelzungsrichtlinie.	351
7.	Auswirkungen der Verlegung des Gesellschaftssitzes in einen anderen Mitgliedsstaat auf die Beteiligungsrechte der Arbeitnehmer	352
a)	Rechtssetzungspläne der Kommission zur Sitzverlegung	353
b)	Die Sitzverlegung in der Rechtsprechung des EuGH	355

8.	Beteiligung der Arbeitnehmer in der geplanten Europäischen Privatgesellschaft (Societas Privata Europaea, SPE)	363
a)	Gesellschaftsrechtliche Grundlagen	364
b)	Die Beteiligungsrechte der Arbeitnehmer	366
C.	Koalitions- und Arbeitskampfrecht	370
1.	Koalitionsrecht	371
2.	Arbeitskampfrecht	373
a)	Streikrecht	373
b)	Aussperrung	386
IV.	Arbeitsschutzrecht (Fuchs)	386
A.	Die primärrechtliche Verankerung des Arbeitsschutzes	387
B.	Sekundäres Recht	390
1.	Die Systematik des sekundären Arbeitsschutzrechts	390
2.	Organisatorische Sicherstellung des Arbeitsschutzes	391
3.	Schutz der Arbeitsstätten	398
4.	Geräte- und Anlagensicherheit	398
a)	Richtlinien über Sicherheitsanforderungen an Arbeitsmittel	399
b)	Richtlinien über die Sicherheit von Produkten	399
5.	Schutz vor Gefahrstoffen	401
6.	Sozialer Arbeitsschutz	402
a)	RL 92/85/EWG über die Durchführung von Maßnahmen zur Verbesserung der Sicherheit und des Gesundheitsschutzes von schwangeren Arbeitnehmerinnen, Wöchnerinnen und stillenden Arbeitnehmerinnen am Arbeitsplatz	402
b)	RL 2003/88/EG über bestimmte Aspekte der Arbeitszeitgestaltung	407
c)	RL 94/33/EG über den Jugendarbeitsschutz	415
Dritter Teil	Europäisches Arbeitskollisionsrecht (Friedrich)	417
I.	Die Verordnung (EG) 44/2001 (EuGWO) über die gerichtliche Zuständigkeit und die Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen	419
A.	Bestimmung des Gerichtsstandes in Arbeitsrechtssachen nach der EuGWO	422
1.	Klagen gegen den Arbeitgeber	424
2.	Klagen gegen den Arbeitnehmer	427
3.	Gerichtsstandsvereinbarungen und rügelose Einlassung	427
II.	Die VO (EG) 593/2008 über das auf vertragliche Schuldverhältnisse anzuwendende Recht (Rom I-VO)	427
A.	Allgemeines zur Rom I-VO	428
B.	Arbeitsrechtliche Besonderheiten der Rom I-VO	430
C.	International zwingende Vorschriften (Eingriffsnormen)	434
D.	Ordre public	436
III.	Die Richtlinie 96/71/EG über die Entsendung von Arbeitnehmern im Rahmen der Erbringung von Dienstleistungen (Entsenderichtlinie)	436
A.	Einleitung	437
B.	Anwendungsbereich der Entsenderichtlinie	439
1.	Persönlicher Anwendungsbereich	439

2. Sachlicher Anwendungsbereich	441
3. Materieellrechtlicher Inhalt der Entsenderichtlinie.	442
a) Die Dienstleistungsfreiheit als Grenze der Anwendbarkeit der Rechtsvorschriften des Empfangsstaates.	445
4. Ausnahmen.	450
5. Informationsseinrichtungen, Zusätzlicher Gerichtsstand, Strafmaßnahmen.	451
IV. Multilaterale Verträge.	452
EuGH Entscheidungsregister.	455
Sachverzeichnis.	465